

BayernRadio2 und BR-alpha Tagesgespräch mit Dr. Klaus von Dohnanyi - Manuskript

Autor: Stephanie Heinzeller
Gesprächspartner: Dr. Klaus von Dohnanyi
Redaktion: Redaktion ALPHA
Rundfunkplatz 1
80300 München
Sendung: Freitag, 10.03.2006,

Tagesgespräch vom 10. März 2006

Die Föderalismusreform unter dem Motto: Das Ringen um die Föderalismusreform - Wie viel Macht brauchen die Länder diskutieren die Zuschauer von BayernRadio2 und BR-alpha mit Klaus von Dohnanyi, Stellvertretender Vorsitzender des *Konvent für Deutschland*.

Heinzeller: Stephanie Heinzeller begrüßt Sie dazu im Studio.

Was ist es denn nun? Ein Stümperwerk, Renate Künast oder der große Wurf, das sagt Edmund Stoiber.

Die Föderalismusreform: Den ganzen Vormittag über streiten Politiker in Bundesrat und Bundestag nun schon darüber, ob es gelungen ist, die Zuständigkeiten zwischen Bund und Ländern neu und besser zu regeln. Oder ob es vielleicht auch nicht gelungen ist. Dieser Meinung sind vor allem Politiker der Opposition, aber auch in den Reihen von CDU und SPD mehren sich Stimmen, die Kritik üben und die sich fragen, was haben die Bürger und Bürgerinnen eigentlich davon, wenn für die Bildungspolitik in Zukunft nur noch die Länder zuständig sind, wenn im Umweltrecht jedes Land machen kann, was es will und wenn auch die Beamten von Land zu Land ganz unterschiedlich bezahlt werden können. Die einen finden das alles ganz furchtbar und wittern große Gefahren, die anderen finden das alles gut und sagen: Das ist doch toll, wenn die Gesetze nicht mehr blockiert werden können vom Bundesrat und wenn alles schneller geht in Deutschland. Wir wollen jetzt von Ihnen wissen, was halten Sie eigentlich von dieser ganzen Sache, das Ringen um die Föderalismusreform. Wie viel Macht brauchen die Länder? Unsere Frage. Und mitdiskutieren können Sie wie immer unter der gebührenfreien Telefonnummer 0800 94 95 95 5, 0800 94 95 95 5. Und unser Gast, Ihr Ansprechpartner, das ist heute Klaus von Dohnanyi, SPD-Politiker und er ist außerdem Stellvertretender Vorsitzender des *Konvent für Deutschland*. Und diese Organisation, die wirbt schon lange für eine Föderalismusreform.

Heinzeller: Dr. von Dohnanyi, Sie haben ja wahrscheinlich auch ein bisschen die Debatte heute am Vormittag im Bundestag und im Bundesrat verfolgen können. Finden Sie das entmutigend, wenn sich da jetzt so viele Redner zu Wort melden, die an Details dieser Föderalismusreform Kritik üben?

Dohnanyi: Nein. Ich finde das nicht entmutigend. Ich finde, das ist auch notwendig. Das Parlament ist ja, und nicht die Regierung in diesem Falle, der Initiator. Also beim Parlament liegt die Einbringung der Gesetze, ebenso wie beim Bundesrat – und das geschieht gleichzeitig – und es ist doch selbstverständlich, dass der Bundestag dann auch über die Dinge diskutiert. Allerdings, Sie haben einleitend eben die Frage gestellt: Wie viel Macht sollen die Länder haben? Es geht meiner Meinung nach nicht um Macht. Weder auf der einen Seite des Bundes, noch auf der anderen Seite der Länder. Es geht schlicht darum, wie sich ein Land, das nun einmal föderal organisiert ist, mit selbständigen Staaten, beispielsweise der Freistaat Bayern oder der Freistaat Sachsen oder auch Hamburg am besten in einer sich schnell bewegenden Welt organisiert. Das ist die Kernfrage.

Heinzeller: Das ist schon die Kernfrage, Herr von Dohnanyi. Nur wenn man die Debatte jetzt betrachtet, dann hat man ja schon den Eindruck, dass es eben doch wieder auch um die Machtverhältnisse geht und gerade die Debatte im Parlament heute, hat doch auch gezeigt, dass es den Politikern neben dieser Machtfrage darum geht, dass sie gefragt werden wollen. Das sie sich, ja, etwas überfahren fühlen, dass sie jetzt dieses ganze Projekt nur abnicken sollen. Das hat ja auch Thierse gestern ganz deutlich gemacht in mehreren Interviews. Haben Sie Verständnis dafür?

Dohnanyi: Also bei Wolfgang Thierse habe ich dafür eigentlich etwas wenig Verständnis, denn es geht da nicht um Abnicken, sondern es geht darum, dass über viele Monate hin eine Kommission, zusammengesetzt aus Bundestag und Bundesrat, und zwar nicht die Regierung, sondern Bundestag und Bundesrat, den Versuch gemacht haben, ein Konzept zu entwickeln, das eine Antwort auf meine Frage darstellen soll. Nämlich, wie muss sich ein föderal organisiertes Land, wir sind nun mal kein Einheitsstaat wie Frankreich oder Großbritannien, wie muss sich ein solches Land organisieren, um in diesem Tempo der Globalisierung und der europäischen Integration vernünftig aufgestellt zu sein. Das ist die Frage. Und da finde ich, hat die Kommission, die den Entwurf im Wesentlichen ausgearbeitet hat, welcher heute

diskutiert wurde, einen richtigen Schritt in die richtige Richtung getan. Es reicht noch nicht aus, das wissen alle, aber man kann auch nicht alle Schritte auf einmal machen.

Heinzeller: Wie groß sehen Sie denn die Gefahr, dass das Ganze jetzt scheitern kann? Denn es ist ja eine Zwei-Drittel-Mehrheit notwendig, um die Verfassung in den angestrebten Punkten zu ändern und es macht sich ja doch breiter Unmut laut, zumindest auch in den Reihen von CDU und SPD. Glauben Sie, dass das am Ende doch zum Scheitern verurteilt ist, dieses Projekt?

Dohnanyi : Also ich bin sparsam mit dem Wort Katastrophe. Ich würde es für eine Katastrophe halten, denn die Bedingungen, die wir politisch heute in Deutschland haben, die gewisse Stagnation, gegenseitige Blockade, das heutige deutsche Bildungssystem, so wie es ist, das alles ist das Ergebnis der heutigen Bundesverfassung und der heutigen Verfassung zwischen Bund und Ländern. Das darf man nicht übersehen. Und das zu ändern, scheint mir entscheidend zu sein, wenn wir in Deutschland vorankommen wollen. Wir dürfen ja nicht so tun, als ob der heutige Zustand nicht abhängig sei. Wir dürfen also nicht so tun, als ob das, was wir an Deutschland kritisieren, nicht vom Zustand unserer Verfassung abhängig sei. Die Verfassung ist der Organisator sozusagen, der Entscheidungen in Deutschland und diese Organisation stimmt nicht mehr. Das muss man wissen. Und deswegen würde ich es wirklich für ziemlich katastrophal halten, wenn das Projekt scheitern würde.

Heinzeller: Schauen wir mal was Georg Riemann dazu zu sagen hat. Der erste Hörer hier im Tagesgespräch aus Bad Kohlgrub. Herr Riemann, fänden Sie das auch eine Katastrophe, wenn die Föderalismusreform scheitern würde?

Riemann: Also ich bin ja auf dem Standpunkt, dass die Länder sehr viel Föderalismus brauchen. Das geht ja schon los bei der Bildung. Warum ist denn Bayern in der Pisa-Studie weit vorn? Und man erlebt ja immer wieder, dass Studenten die letzten Semester in anderen Bundesländern studieren wollen, weil eben die Anforderungen höher sind. Wenn das alles gleich gemacht wird, dann haben wir den gleichen Einheitsbrei, wie früher in der Sowjetzone. Und die Bildung geht nach unten. Und das kann ja keiner wollen.

Heinzeller: Aber damit wir da keine Missverständnisse haben, gerade in der Bildungspolitik, Herr Riemann, soll ja die Föderalismusreform dazu führen, dass die Länder mehr Zuständigkeiten bekommen und dass es sogar ein Verbot des Bundes gibt, Projekte aufzulegen, wie die Förderung von Ganztagschulen. Oder habe ich das falsch verstanden, Herr von Dohnanyi?

Dohnanyi: Nein, nein. Das ist richtig und das halte ich auch für unbedingt notwendig. Ich habe diesen Vorgang der Finanzierung von Ganztagschulen immer für einen Fehler gehalten, weil es nicht sein kann, dass der Bund in die Schulen, vielleicht eines Tages auch noch in die Kindergärten oder in die Vorschulen hineinflanziert und dort gewissermaßen Vorgaben gibt, die mit der Entwicklung der Bildung in einem Land, das im Übrigen für die Bildung zuständig ist, sagen wir in Bayern oder in Brandenburg oder in Hamburg oder in Nordrhein-Westfalen, darauf Einfluss nimmt, ohne den Gesamtzusammenhang dort organisieren zu können. Dass man den Ländern Geld geben muss für bestimmte Dinge, das ist eine andere Frage. Aber dieses Geld muss den Ländern zur eigenen Entscheidung übergeben werden. Wir brauchen in Deutschland endlich eine Klarheit der Verantwortung. Hier weiß doch niemand, wer wofür verantwortlich ist. Die Bundesregierung sagt: Uns haben die Länder blockiert. Herr Schröder hat gesagt: Ich konnte nicht vorankommen, weil die Frau Merkel mich im Bundesrat blockiert.

Heinzeller: Das haben wir von Herrn Kohl auch schon gehört.

Dohnanyi: Natürlich. Das war bei Herrn Kohl auch so und das ist auch logisch. Wenn einer sagt, das sollte nicht so sein, die sollten sich anständig benehmen usw. und ihre Parteizugehörigkeit vergessen, ist das doch eine Illusion. Das machen die nicht im Bundestag und das machen die nicht im Bundesrat. Wir brauchen klare Verantwortung.

Heinzeller: Bleiben wir doch vielleicht noch mal ganz kurz beim Thema Bildung, weil Herr Riemann das angesprochen hat. Herr Riemann, sind Sie dann ganz beruhigt, wenn Sie jetzt gehört haben, dass die Länder vielmehr Zuständigkeiten haben?

Riemann: Ja, das auf alle Fälle. Man soll ja vielmehr vor Ort entscheiden nach diesem bekannten Subsidiaritätsprinzip. Nicht immer alles von sonst wo. Immer, was möglichst nah am Ort ist, denn die kennen ja die Verhältnisse am besten. Denn was weiß Berlin zum Beispiel, was irgendwo, zum Beispiel im Allgäu los ist. Das wissen die dort unten besser.

Heinzeller: Jetzt schalten wir Christian Wirt dazu. Herr Riemann, Sie bleiben ruhig noch mit am Telefon. Der ist in Punkto Schulsystem nämlich ganz anderer Meinung, glaube ich. Hallo Herr Wirt.

Wirt: Also ich finde, was der Herr Dohnanyi sagt, das ist ein Widerspruch in sich ohne Gleichen. Auf der einen Seite will er unser Land zukunftsfähig machen, auf der anderen Seite sagt unsere Pisa-Studie, dass wir in keiner Weise zukunftsfähig sind und der Grund dafür liegt in der Zersplitterung unserer Länder mit den Niveauunterschieden in den Ländern. Dass wir runterfallen noch und noch.

Heinzeller: Bleiben wir bei der Bildungspolitik. Sie sagen, Sie hätten da zum Beispiel lieber ein einheitliches Schulsystem.

Herr Dohnanyi, ich habe heute Morgen auch ein paar Leserbriefe in den Zeitungen zu dem Thema gelesen und da hat jemand das so auf den Punkt gebracht. Der hat gesagt: In Zukunft wird es wahrscheinlich einfacher sein mit schulpflichtigen Kindern in ein anderes europäisches Land zu ziehen, als von Bayern nach Berlin.

Wirt: Genauso ist es.

Dohnanyi: Also das ist absoluter Quatsch. Da muss man doch mal wirklich die Worte gleich richtig hart wählen. In Frankreich gibt es ein völlig anderes Schulsystem. In den Niederlanden gibt es eine Gesamtschule bis zum 14. Lebensjahr.

Herr Wirt: Überlegen Sie doch mal, Herr von Dohnanyi. Wir fallen runter.

Dohnanyi: Die These, es wäre leichter, in ein anderes Land umzuziehen, ist absoluter Unsinn. Die anderen Länder sind völlig anders organisiert.

Wirt: Ich hab es doch am eigenen Leib erlebt. Wenn ich von Hessen nach Bayern gehe und wenn ich von Mecklenburg-Vorpommern nach Sachsen ziehe, dann kann ich eine Klasse wiederholen.

Heinzeller: Lassen Sie uns zu dem Punkt kommen. Ist es wirklich so schwierig, zwischen den einzelnen Bundesländern die Schule zu wechseln? Wäre es da nicht vielleicht sinnvoller, ein einheitliches Schulsystem zu haben, damit die Probleme nicht mehr auftauchen?

Dohnanyi: Ok. Sie nehmen dann oder wer immer das gesagt hat, zurück, dass es einfacher ist, nach den Niederlanden oder nach Frankreich zu gehen.

Heinzeller: Das habe ich zitiert. Das habe ich aus einem Leserbrief zitiert. Nicht Herr Wirt.

Dohnanyi: Ok. Ist ja richtig. Ich wollte nur, dass das vom Tisch kommt, weil das wirklich Unsinn ist. Das zweite ist, die heutige Lage ist das Ergebnis der heutigen Zuständigkeit. Das heißt man hat jetzt weniger Zuständigkeiten beim Bund, weil man mehr Verantwortung auf die Länder geben will. Pisa ist das Ergebnis der heutigen Lage und die heutige Lage ist eine Zuständigkeit der Länder. Wir können natürlich zurückgehen vor das Jahr 1947, wo uns eine bestimmte Form von Föderalismus auferlegt worden ist. Aber Sie kommen angesichts der Lage heute doch nicht zu mehr Zuständigkeiten für den Bund auf dem Bildungssektor. Das BVerfG hat vor wenigen Monaten erst eine Gesetzgebung des Bundes für den Juniorprofessor und eine Gesetzgebung des Bundes für die Frage der Hochschulgebühren verboten. Jetzt meinen Sie, wir könnten vielleicht vom Bund her Zuständigkeiten bekommen für die Ganztagschule, für die Grundschule oder für den Kindergarten. Das ist völlig unmöglich. Also wenn man Föderalismus hat und der steht in der Verfassung und der ist unabänderlich, dann muss man den richtig organisieren. Das geschieht in der Schweiz, das geschieht in den USA, das geschieht in Kanada, das geschieht in Australien, in allen föderal organisierten Ländern. Und überall sind die Länder zuständig für die Bildung.

Heinzeller: Jetzt ist aber immer noch nicht die Frage beantwortet, Herr von Dohnanyi, ob es nicht leichter wäre, wenn wir gerade für die Grundschulen und die weiterführenden Schulen hier in Deutschland ein einheitliches System hätten, damit der Wechsel von einem Bundesland in ein anderes einfacher wäre.

Dohnanyi: Ja. Das ist ja versucht worden. Wir haben ja, das wird immer vergessen, 1966/69 in der letzten Großen Koalition die Gemeinschaftsaufgaben definiert, wir haben die gemeinsame Bildungsplanung gebracht. Es führte nicht in die richtige Richtung. Wir müssen einfach einsehen, dass wir eine Erfahrung gemacht haben. Die Erfahrung lautet: Wir kriegen in Deutschland keine Bundesgesetzgebung für Schule und Hochschule. Wir kriegen bestenfalls eine Gemeinschaftsaufgabe, wo Länder und Bund sich ständig gegenseitig blockieren, je nach Parteien oder wir kriegen eine Lösung, wie die gemeinsame Bildungsplanung, die faktisch zu nichts geführt hat. Ich habe es doch selber jahrelang versucht.

Wirt: Ich weiß nicht, wovon der Herr von Dohnanyi redet. Im ersten Satz sagt er, das ist die bisherige Schulpolitik gewesen, jetzt wird eine Föderalismusreform gemacht. Ergebnis: die Länder kriegen die alleinige Zuständigkeit. Das kann doch nur bergab führen. Das verstehe, wer will.

Heinzeller: Kommen wir vielleicht auf den nächsten Punkt. Ich glaube, Sie beide werden sich da auch nicht einigen.

Riemann: Das kann auch nicht gehen.

Wirt: Das hat auch kein Mensch begriffen gerade. So. Nächster Punkt: Föderalismus. Es kann nicht sein, dass es solche Staaten, wie Mecklenburg-Vorpommern oder wie Sachsen-Anhalt gibt. Diese Länder und die kleinen Länder, die immer nur davon leben, dass der Bund, dass die reichen Länder zuschießen. Statt, dass man das erst einmal anpackt, wo jetzt die Chance wäre, mit der Zwei-Drittel-Mehrheit. Dass man die Hälfte der Länder oder zwei Drittel einfach streicht.

Heinzeller: Kommen wir mal zu dem Punkt, der ja schon interessant ist, Herr von Dohnanyi. Die Frage, wenn man schon eine Föderalismusreform macht, warum versucht man in diesem Zusammenhang nicht auch gleich, ein paar Länder zusammenzulegen, weil man so gängig immer der Meinung ist, es könnte insgesamt dann auch zu niedrigeren Kosten führen.

Dohnanyi: Also erstens will ich sagen, es gibt auch sehr erfolgreiche Länder in der Welt, die föderal organisiert sind. Und die Unterschiede, zum Beispiel in den USA, bestehen darin, dass, ich glaube, das Land Vermont hat 800 000 Einwohner und das Land Kalifornien 38 Millionen und jeder hat 2 Senatoren und das geht auch. Und in der Schweiz ist es ganz genauso. Der Kanton Jura und der Kanton Zürich, sie unterscheiden sich entsprechend. Worauf ich hinaus will, ist, natürlich könnte man sich eine andere Ländergliederung vorstellen. Nur, in der Verfassung steht, auf welchem Wege es gemacht werden muss. Und es muss gemacht werden durch die Zustimmung der Menschen. Und Sie kriegen dafür, wie Sie gesehen haben, zwischen Berlin und Brandenburg, keine Zustimmung. Was der Herr eben vorgeschlagen hat, einfach abzuschaffen, das hat Adolf Hitler ja gemacht. Also wir können natürlich mit einer Diktatur ganz neue Ordnungen herstellen, aber nur solange wir die Menschen fragen.

Heinzeller: Das haben wir Gott sei Dank nicht. Wir haben eine Demokratie in Deutschland.

Dohnanyi: Richtig, solange wir die Menschen fragen, solange wir uns an die Verfassung halten, werden die Menschen zum Beispiel in Thüringen und Sachsen sagen: Wir sind mit etwa 5 Millionen Einwohnern in Sachsen immer noch etwa so groß wie Dänemark und warum sollen wir uns nicht auch in einem gewissen Umfang selbst regieren können. Das entscheidende Problem ist in der Tat, wie dann innerhalb Deutschlands neben der dezentralisierten Verantwortung in den Ländern trotzdem eine gewisse Einheitlichkeit gewahrt wird. Die Föderalismusreform versucht das ja zu tun. Wenn Sie, wie in den USA zum Beispiel, Vergleiche herstellen zwischen den Länder und auch versuchen, über die Kultusministerkonferenzen Strukturen zu verändern, dann haben Sie wie heute zum Beispiel in Sachsen, in Thüringen und ich glaube jetzt auch im Saarland 12 Jahre Schule. In anderen Ländern haben sie 13.

Heinzeller: In Bayern haben wir das inzwischen auch.

Dohnanyi: Richtig, und das ist auch entstanden über die heutige Verfassung. Da konnte keiner den Ländern eine Vorschrift machen und niemand sollte glauben, wir kriegen sozusagen mehr Bundeszuständigkeiten, sondern wir werden bestenfalls die alten Zuständigkeiten erhalten. Die haben aber zu dem geführt, was wir heute haben. Und das ist wirklich, ich sage das noch mal zu dem Herrn ganz klar, es ist wirklich falsch, zu behaupten, Pisa sei das Ergebnis von Zersplitterung. Pisa ist das Ergebnis von Verflechtung, von Unklarheit in der Verantwortung von Bund-Länder-Gemeinschaft, in der keiner die Verantwortung für die Ergebnisse wirklich allein trägt.

Heinzeller: Machen wir weiter mit Marina Lamba aus München. Und da geht es auch noch mal um das Thema Bildungspolitik. Frau Lamba.

Lamba: Ich bin auch für die zentrale Bildungspolitik, weil, wie gesagt, die Pisa-Studie und auch die Landesverfassung Bayerns widersprechen einfach dem Grundgesetz. Da steht: Jeder Bewohner Bayerns hat Anspruch darauf, eine seinen erkennbaren Fähigkeiten und seiner inneren Berufung entsprechende Ausbildung zu erhalten. Und wo ist der Anspruch auf Bildung? Ausbildung ja. Begabten ist der Besuch von Schulen und Hochschulen nötigenfalls aus öffentlichen Mitteln zu ermöglichen. Da werden Begabte gefördert. Und wer soll die Fähigkeiten erkennen? Die Kinder sind da schutzlos. Sonst Föderalismus überall, aber nicht in der Bildung.

Heinzeller: Glauben Sie denn, dass das besser wäre, dass sozusagen eine zentrale Macht, die von Berlin aus regiert, die einzelnen Fähigkeiten der bayerischen Kinder besser erkennen könnte, Frau Lamba?

Lamba: Gleichwertige Bestandsaufnahmen, damit man auch wechseln kann, damit man auch vergleichen kann – hier hat ja jede Schule ihr eigenes Buch – und die Willkür der Lehrer, dem ist kein Riegel vorgeschoben.

Heinzeller: Ich glaube, das ist schon etwas sehr überspitzt formuliert, Frau Lamba. Aber trotzdem, auf der einen Seite fordern wir doch auch immer vom Staat ein, dass es mehr dezentrale Organisationen gibt, dass eben die Schule die Bücher aussuchen kann und all diese Dinge. Und in der Bildungspolitik, komischerweise, finden wir das alle gar nicht mehr gut. Was glauben Sie, woran liegt das?

Lamba: Ja, diese Vielfältigkeit, das ist eben auch diese Willkür und ich würde nicht sagen, dass wir dann die ganzen Jahre die Erfolgreichen waren. Es gibt viele westeuropäische Länder, die mit zentraler Bildung super Erfolge verbuchen können.

Heinzeller: Herr von Dohnanyi, ich möchte das Ganze jetzt mal auf eine andere Ebene heben. Die Frage ist doch: Warum engagieren sich so viele für eine zentrale Bildungspolitik? Warum glauben so viele Menschen, dass das besser wäre und zu mehr Erfolg führen würde? Können Sie sich das erklären?

Dohnanyi: Ich kann mir das erklären. Ich glaube, dass die Menschen überhaupt eher einen zentralen Staat haben wollen, wie in Frankreich oder in England oder auch in Italien, oder einen föderalen, wie wir ihn nun mal seit der Grundgesetzgebung 1947 bis 1949 haben. Das Ergebnis damals war auch eine Auflage der Alliierten, die gesagt haben: Nein, nein. Eine starke Zentralregierung dürft Ihr nie wieder haben, Deutschland. Ihr müsst eine faktisch machtlose Bundesregierung haben, die auf den unteren Ebenen nichts zu sagen hat. Dort haben eigentlich nur die Länder was zu sagen. So ist die Verfassung. Wenn wir von dieser Verfassung zurückwollen zu einem stärkeren Zentralstaat, so haben wir das versucht 1966/69 in der letzten Großen Koalition mit den Ergebnissen, die wir heute haben. Mit der gegenseitigen Blockade, mit den Gemeinschaftsaufgaben, wo niemand verantwortlich ist usw. Das heißt die Menschen im Lande, ich kann das durchaus verstehen, wollen etwas, was man vielleicht 1947/49 hätte machen können. Aber

heute, so wie die Verfassung gebaut ist, steht der Föderalismus im Grundgesetz als unauflösbar. Das ist etwas, was niemand, auch keine Mehrheit in Bundesrat und Bundestag jemals ändern kann. Nur eine Revolution. Das steht im Grundgesetz als unabänderbarer, sozusagen Bestandteil der Bundesrepublik Deutschland. Und wenn man das so sieht, dann muss man fragen: Wie organisiert man Föderalismus?

Und den organisiert man eben und das ist sein Vorteil, nahe bei den Menschen. Das wurde ja vorhin gesagt. Der Nachteil ist, der Föderalismus ist etwas teurer, er ist langsamer und er kann auch sehr provinziell werden. Aber wir kommen aus diesem Föderalismus, wie er ist, nicht heraus. Wir müssen ihn funktionsfähig machen. Und das heißt wir müssen die Verantwortung dort hintun, wo sie am besten wahrgenommen werden kann. Und natürlich kann man sich wünschen, dass das Land Bayern und das Land Nordrhein-Westfalen plötzlich sagen: Bitte Bund, übernimm das ganze Bildungssystem. Aber das ist doch eine Illusion. Aber was wir heute kriegen und was wir heute haben, ist ein Mischsystem, in dem niemand Verantwortung hat. Also ist die Antwort ganz klar: Föderalismusreform muss sein; mehr Zuständigkeit für die Länder, mehr eigene Verantwortung in den Ländern, Finanzausgleich, gleichwertige Lebensverhältnisse über den Finanzausgleich. Aber nicht über das ständige Reinreden in die Verantwortung der Länder.

Heinzeller: Das ist unser Thema heute: Das Ringen um die Föderalismusreform – Wie viel Macht brauchen die Länder? Ihre Antworten sind gefragt im Tagesgespräch unter 0800 94 95 95.

Zu Gast ist Klaus von Dohnanyi. Vielleicht kommen wir ja noch dazu, dass wir noch über ein paar andere Themen reden, die es im Zusammenhang mit der Föderalismusreform gibt, zum Beispiel über die Umweltpolitik oder die Besoldung der Beamten, die in Zukunft ja auch den Ländern zustehen soll, so dass es möglich sein wird, dass in Bayern ein Beamter mehr oder weniger verdient, als in NRW. Jetzt ist Hans Dürschinger aus Schwabach am Telefon.

Dürschinger: Ich muss noch mal den Aspekt aufgreifen, den schon mein Vorgänger aufgegriffen hat, den der von Dohnanyi völlig schnell vom Tisch gewischt hat. Man kann die Anzahl der Bundesländer nicht reduzieren, weil das an den Menschen dran vorbei wäre oder gegen das Grundgesetz verstieße.

Dohnanyi: Man kann, aber man muss die Zustimmung der Länder haben.

Dürschinger: Ja gut, die kann man ja einholen. Aber die müsste man natürlich erst mal befördern, um überhaupt mal in die Lage zu kommen, zu befragen. Dann ist das nicht eine Sache derer, die unmittelbar betroffen sind, sondern dann ist das eine Befragung der gesamten Bundesrepublik.

Dohnanyi: Nein, nein, nein.

Dürschinger: Es gibt keine Berechtigung, meiner Meinung nach, es gibt keine...

Dohnanyi: Im Grundgesetz....

Dürschinger: Lassen Sie mich bitte ausreden, Herr Dohnanyi. Es geht nämlich darum: Ich sehe in der Reform wieder eine typische Geburt von Politikern, die nur ihre Posten wollen. Nur kein Bundesland auflösen, keinen Senat auflösen. Nur keine Kosten reduzieren. Es gibt faktisch keine Begründung dafür, warum Bremen nicht integriert werden soll, warum Hamburg nicht in Niedersachsen integriert werden soll. Wo steht, dass Berlin ein eigenes Bundesland sein muss oder nicht in Brandenburg integriert wird. Das geht ganz Deutschland an und wenn das nicht gemacht wird, dann wissen die Politiker schon, warum sie es nicht tun. Aber das geht an den Menschen vorbei.

Heinzeller: Herr von Dohnanyi, vielleicht erklären Sie mal, wie es überhaupt möglich wäre, dass zwei Länder zusammengehen. Was muss da passieren? Berlin und Brandenburg haben es ja mal probiert und das ist gescheitert.

Dohnanyi: Richtig. Der Herr Dürschinger hat das offenbar nicht richtig verfolgt. Das steht ja im Grundgesetz, dass es möglich ist, aber es steht natürlich nicht im Grundgesetz, dass die Mehrheit, sag ich mal aus Bayern, Baden-Württemberg, Hamburg, Niedersachsen, dem Lande Thüringen entscheiden kann, wo es hingehört...

Dürschinger: Aber bezahlen dürfen sie alle, aber mitentscheiden dürfen sie nicht.

Dohnanyi: Langsam, langsam, langsam. Im Grundgesetz steht, wie es gemacht werden soll. Nämlich durch die Zustimmung der Länder. Das Grundgesetz ändern und sagen, dass die Neugliederung der Länder ohne oder gegen die Zustimmung der betroffenen Stellen...

Dürschinger: Nein, mit aller Zustimmung.

Dohnanyi: Langsam. Stellen Sie sich mal vor, was in Bayern oder Baden-Württemberg passieren würde, wenn die Zusammenfassung der Länder aus Ostdeutschland, die Länder aus Norddeutschland sagen würden, Bayern muss in zwei Teile aufgeteilt werden. Denn wenn sie zusammenfügen können, müssen sie auch aufteilen können. Dann würde in Bayern sehr wohl ein Protest losgehen und die Leute würden sagen, das geht Euch gar nichts an. Das heißt Sie brauchen schon die Zustimmung der Bürgerinnen und Bürger von den betroffenen Ländern. Nun können Sie sagen, dass wir zu viele Länder haben. Darüber kann man streiten. Ich habe vorhin schon gesagt, andere föderale Länder, wie die Schweiz, wie die USA, Kanada usw., die hantieren das sehr souverän und ohne Probleme. Man kann ja sagen, wir brauchen etwa gleich große Länder, typisch deutsch. Alles muss organisiert, alles muss ausgewogen sein. Nirgendwo darf sozusagen in Unterschieden auch Freiheit gelebt werden. Das lieben wir ja, solche Art. Aber Sie können es nach

dem Grundgesetz so nicht machen. Sie müssen die Leute fragen. Wir haben es versucht in Berlin und Brandenburg. Der Zusammenführung von Berlin und Brandenburg würde ich, wenn ich Berliner wäre, heftig widersprechen.

Heinzeller: Und als Hamburger würden Sie wahrscheinlich auch heftig widersprechen?!

Dohnanyi: Nein. Nein, das würde ich nicht.

Heinzeller: Das nicht?

Dohnanyi: Nein, das würde ich nicht. Ich glaube nur, die Zuwendung von Hamburg nach Niedersachsen wäre falsch. Also Hamburg und Schleswig-Holstein sind sehr eng miteinander verbunden und die frühere Ministerpräsidentin von Schleswig-Holstein hat oft gesagt: Was ist denn Schleswig-Holstein außer Umfeld von Hamburg und Küste. Und da ist natürlich was Wahres dran, dass Schleswig-Holstein sehr stark mit Hamburg verflochten ist. Da hätte ich gar nichts dagegen.

Heinzeller: Aber Sie wären zumindest für eine Landeshauptstadt Hamburg dann, oder?

Dohnanyi: Nein, Sie irren sich. Also ich würde Ihnen sagen: Unter gar keinen Umständen. Wenn schon eine Verbindung, dann würde ich die Landeshauptstadt gerne nach Lübeck oder so verlegen. Und zwar aus einem einfachen Grund: Weil ich für Hamburg gerne die Möglichkeiten bewahren würde, sich nicht ständig beschimpfen zu lassen. Dass es als Hauptstadt sozusagen auch am meisten Geld verbraucht, weil es nun mal die Metropole und das Zentrum ist. Also damals, als das zur Diskussion stand, habe ich gesagt: Also wenn schon, dann müsst Ihr die Hauptstadt nicht in Hamburg haben. So wie die Hauptstadt der USA nicht in New York oder San Francisco oder Chicago liegt, sondern in dem relativ kleinen Washington D.C. Oder auch in der Schweiz, da ist Zürich nicht die Hauptstadt, welche die wichtigste Stadt der Schweiz ist, sondern Bern.

Heinzeller: Herr von Dohnanyi, jetzt muss ich Sie leider unterbrechen. Ich höre nämlich aus der Regie, dass wir Jörg Tauss am Telefon haben. Er ist Bildungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion. Herr Tauss, Fraktionschef Struck hat heute Morgen im Bundestag gesagt, er ist gegen ein Gesamtabnicken der Föderalismusreform. Er hat sozusagen den Parlamentariern den Rücken gestärkt. Fühlen Sie sich jetzt so richtig stark, um in die Debatte zu gehen und auch noch Teile dieser Föderalismusreform zu ändern im Gesetzgebungsverfahren?

Tauss: So richtig überraschend war das ja nun eigentlich auch nicht. Es gilt übrigens über das Strucksche Gesetz, wie er selbst sagte, das heißt ein Gesetz, das ins Parlament reinkommt, muss im parlamentarischen Verfahren natürlich auch diskutiert, verändert und verbessert werden können, sonst könnten wir auch unsere parlamentarische Arbeit hier überhaupt nicht leisten und hätten unseren Job falsch verstanden.

Heinzeller: Ja. Aber eigentlich sollten Sie ja, so wie das Wolfgang Thierse gestern gesagt hat, hauptsächlich mal das Ganze abnicken.

Tauss: Ja. Das haben sich einige so vorgestellt, aber ich habe von vornherein zu denjenigen gehört, die gesagt haben: Also das kann es nicht sein. Das will ich auch als Parlamentarier nicht. Im Übrigen bin ich ja nicht der Einzige, sondern es ist ja im Bildungs- und im Wissenschaftsbereich ein vielfältiger Chor derer, die sagen: Für unseren Bereich auch noch größere Klarheit nach einer Föderalismusreform. Wir wollen kein Kooperationsverbot der unterschiedlichen Ebenen, das heißt dass Bund und Länder nicht zusammenwirken dürfen, selbst übrigens dann nicht, wenn sie es wollten und dies grundgesetzlich verboten wird. Das sind so Punkte, die im jetzigen Entwurf drinstehen, von denen ich aber annehme, wir müssen da eine sinnvolle und vernünftige Lösung finden und in dem Fall bin ich auch für einen Struckschen Hinweis sehr dankbar.

Heinzeller: Herr Tauss, jetzt ist es ja so, man hatte im Vorfeld den Eindruck, SPD und CDU/CSU stehen hinter diesem Gesetzespaket. Und jetzt plötzlich kommt so ein bisschen Meuterei auf. Wie groß ist denn überhaupt die Zahl derer, die das jetzt ändern wollen? Ist das ein geringer Teil, der dann auch gar nicht ins Gewicht fallen würde, wenn es um die Abstimmung geht? Ist eine Zwei-Drittel-Mehrheit erforderlich oder sind es schon erhebliche Gegenstimmen?

Tauss: Also ich würde den Begriff Meuterei nun wirklich von mir weisen. Ich weiß nicht, was gesagt werden würde, wenn der Bundestag sein Geschäft so verstünde, dass eine kleine Gruppe einen Gesetzentwurf hier einbringt und alle Abgeordneten würden nur noch die Hacken zusammenschlagen und dankbar sein. Ich glaube schon, dass es eine Mehrheit hier im Bundestag ist, die sagt, und das hat sich heute in der Debatte auch gezeigt, wir brauchen an einigen anderen Punkten Verbesserungen. Im Übrigen, was für mich sehr interessant ist, auch aus den Ländern kommen verstärkt diese Stimmen. Es waren ja die Ministerpräsidenten, die immer gesagt haben, dass an diesem Paket überhaupt nichts geändert werden darf. Heute Morgen hat der Stellvertretende Ministerpräsident Nordrhein-Westfalens von der FDP klar gesagt, wo er sich im Hochschulbereich Änderungen wünscht. In Berlin gibt es eine parteiübergreifende Diskussion. Also wie gesagt, wir sind in einem ganz normalen parlamentarischen Verfahren, das nichts mit Meuterei zu tun hat. Wenn allerdings der Versuch unternommen werden sollte, von irgendwelchen Seiten, sei es durch Herrn Stoiber oder wen auch immer und diese sagen: Ihr habt es durchzuwinken und Ihr habt überhaupt nichts zu sagen, dann gäbe es in der Tat wirklich eine Meuterei, denn das würden die Parlamentarier nicht mit sich machen lassen.

Heinzeller: Ihre Prognose Herr Tauss! Wird das ganze Thema noch mal aufgeschnürt? Nicht nur im Punkt Bildungsbereich. Es gibt ja auch von Umweltpolitikern heftige Kritik!

Tauss: Es muss nicht insgesamt aufgeschnürt werden, weil das Ziel nicht aufschnürbar und auch nicht aufschnürens-wert ist, nämlich die Fragen nach einer stärkeren Entflechtung zwischen Bund und Ländern kommen. Die Frage aber, wie dies geschieht, wo wir mögliche Ungereimtheiten beseitigen, das ist genau das, was jetzt ansteht und was in den kommenden Wochen und Monaten, glaube ich, auch vernünftig erledigt werden wird.

Heinzeller: Wird es bis zum Sommer stehen mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit?

Tauss: Das ist noch nicht ganz klar. Der Sommer ist ein sehr ehrgeiziges Ziel. Es sind immerhin über zwanzig Grundgesetzartikel, die hier geändert werden müssen und eine Vielzahl von Begleitgesetzen. Ob das bis zum Sommer wirklich leistbar sein wird, wird man sehen. Wir bemühen uns darum, aber auch hier ist klar von den Fraktionsführungen gesagt worden, wenn wir etwas länger brauchen, ist es auch überhaupt kein Beinbruch. Die Qualität geht hier in der Tat vor die Geschwindigkeit.

Heinzeller: Vielen Dank. Jörg Tauss war das, der Bildungspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion. Und wir machen hier weiter im Tagesgespräch mit Leila Witt aus Regem.

Frau Witt: Also ich bin enttäuscht von dem Reformpaket und ich bin jetzt gar nicht mehr so richtig vom Föderalismus überzeugt. Vor allem nicht für die Bundesrepublik Deutschland. Der Herr von Dohnanyi hat die Bundesrepublik Deutschland immer verglichen mit den USA. In den USA läuft der Föderalismus ganz reibungslos, das ist ganz klar. Die Bundesstaaten in den USA: Da ist ein Bundesstaat größer als die Bundesrepublik Deutschland, aber die Bundesrepublik Deutschland ist sehr klein und die Bundesländer entsprechend auch klein. Das ist nicht mehr finanzierbar. Außerdem ist das Grundgesetz 1949 festgeschrieben worden. Das war zu einer Zeit, wo elf Bundesstaaten auf westlicher Seite waren, da sind noch fünf Bundesländer hinzugekommen. Also das ist finanziell nicht mehr tragbar. Und unregierbar ist das Land auch durch diesen Föderalismus geworden mit der Zeit. Und das war ja auch beabsichtigt von den Alliierten.

Heinzeller: Das hatte der Herr von Dohnanyi ja auch ausgeführt und er hat auch ausgeführt, dass es unabänderbar sei. Also den Föderalismus werden wir behalten Frau Witt, obwohl Sie ihn, wenn ich Sie richtig verstanden habe, gerne abschaffen würden?

Witt: Es wäre sinnvoller, weil es sparsamer wäre. Und der Bundesrat und Bundestag blockieren sich ja ständig. Das hat man ja in den letzten Jahrzehnten gemerkt.

Heinzeller: Das soll ja nun genau auch durch diese Gesetzgebung verändert werden. Also diese Blockadehaltung soll in Zukunft nicht mehr so stark möglich sein. Herr von Dohnanyi, vielleicht könne Sie ganz kurz erläutern, wie das in diesem Föderalismusreformkonzept vorgesehen ist.

Dohnanyi: Es ist vorgesehen, dass man einzelne Zuständigkeiten eindeutig an den Bund und andere Zuständigkeiten eindeutig an die Länder verweist. Eine grundsätzliche Veränderung Deutschlands in Richtung auf einen Einheitsstaat kann man auf dem Papier diskutieren, aber es ist völlig sinnlos Frau Witt. Es steht im Grundgesetz als unabänderlicher Faktor. Niemand, kein einzelner Abgeordneter, niemand im Bundesrat wird jemals die Hand heben und sagen, dass wir sozusagen ganz weg wollen vom Föderalismus. Und dann ist die Frage, wie man ihn organisiert und da haben Sie ja völlig Recht, dass die Staaten in den USA größer sind in der Fläche. Aber sie sind natürlich zu einem erheblichen Teil kleiner, als die Länder bei uns. Und in der Schweiz zum Beispiel, die mir ein viel günstigeres Beispiel für Deutschland ist, die ganze Schweiz hat nur knapp 8 Millionen Einwohner. Ist also nur gut halb so groß, wie, sag ich mal, Bayern. Und trotzdem funktioniert es in der Schweiz so, dass die Kantone und die Kommunen ihre Zuständigkeiten haben bei der Bildung, bei den Finanzen usw. Aber dafür ist die Schweiz ein sehr erfolgreiches Land. Es ist das erfolgreichste Land Europas. Es hat eine riesengroße Ausländerbeschäftigung von 25 Prozent. Wir haben höchstens eine von 7 Prozent. Und diese 25 Prozent ständige Ausländerbeschäftigung führt trotzdem nur zu einer Arbeitslosigkeit von nur 3,5 Prozent. Die Schweiz kann sich gut organisieren. Wir müssen von anderen lernen. Also die Ausgangslage ist Föderalismus, da können Sie nichts dran ändern. Den richtig organisieren, heißt Entflechtung, klare Bundeszuständigkeiten, klare Länderzuständigkeiten und wenn Sie mir einen Augenblick noch eine Bemerkung zu Herrn Tauss erlauben. Es ist ja richtig, was er gesagt hat. Man sollte nicht aufschnüren usw., nur das Zusammenwirken wird ja nicht verboten. Es ist ja nur so, dass die Länder verhindern wollen, dass der Bund mit dem, was man in der Finanzpolitik den „Goldenen Zügel“ nennt, dadurch, dass der Bund den Ländern bestimmte Mittel verspricht, Einfluss auf die Inhalte nimmt. Zum Beispiel einer Universität sagt: Ihr kriegt von uns so und soviel zusätzliches Geld, wenn Ihr, ich sage mal, keine Hochschulgebühren einführt. Und das will man ändern.

Heinzeller: Bleiben wir vielleicht noch mal bei dem Thema, um das es eben auch in dem Beitrag von Frau Witt ging. Die Frage der Kosten, der Einsparmöglichkeiten. Reinhard Scholz aus Mittenwald hat da eine ganz konkrete Frage dazu.

Scholz: Folgendes: Mich hat einmal gestört, dass die Bundesländer, wie sie heute bestehen, von den Alliierten so hingelegt wurden, ohne dass man die Bevölkerung gefragt hat. Punkt eins. Zweitens, das Beispiel von Herrn Dohnanyi war denkbar ungünstig gewählt. Berlin-Brandenburg. Wenn ich Brandenburger gewesen wäre, hätte ich auch gesagt: Um Gottes Willen. Den „Molloch“ Berlin sollen wir jetzt mitfinanzieren? Das war ein ganz undankbares Beispiel. Und das dritte Entscheidende ist, dass wir keine Partei haben, die sich dafür einsetzt. Aber wenn man den Menschen in der Bundesrepublik vorrechnen würde, was wir an Kosten einsparen könnten, wenn wir vier oder fünf Bundesländer hätten,

dann würden viele sagen: Oh ja! Warum müssen wir so viele Senatoren, Minister, Staatssekretäre und Pensionäre finanzieren. Für das Geld könnten wir viel mehr Kindergärten bauen oder Schulen.

Heinzeller: Also das waren jetzt so ganz praktische Beispiele von Ihnen. Herr von Dohnanyi, das klingt natürlich auch sehr plausibel. Nur noch fünf oder sechs große Länder und dann hätten wir auch weniger Kosten.

Dohnanyi: Entschuldigung, wenn ich das mal so sage, wir treten hier ständig das Wasser an der selben Stelle, Frau Heinzeller. Ich habe ja nichts dagegen, dass man diskutiert, man könnte ohne die Zustimmung der Bürger und ohne die Zustimmung der Länder den Föderalismus total verändern. Nur gibt es im Grundgesetz Vorschriften dafür und da müssen die Bundesländer zustimmen. Deswegen ist Berlin-Brandenburg kein so schlechtes Beispiel, denn es ist einmal gelungen. Baden-Württemberg war ja ursprünglich in Baden und Württemberg geteilt. Im Übrigen, Herr Scholz, war es nicht richtig erwähnt, dass die Alliierten die Ländergrenzen festgelegt haben. Die Alliierten haben nur gesagt, dass der Bund auf Länderebene nichts zu sagen haben sollte und daher kommt auch ein großer Teil unserer Probleme. Also wenn man schon, wie Frau Witt gesagt hat, will, dass die Kommunen sozusagen mehr gestärkt werden – auch die Kommunen machen Wettbewerb miteinander, und wie. Eine Kommune versucht der anderen doch den Standort für neue Ansiedlungen von Industrie oder Dienstleistung durch günstige Angebote von Grundstücken abzujagen usw. Also Wettbewerb ist ein Teil unseres Landes und den Wettbewerb muss man nur durch mehr Klarheit richtig organisieren. Die Kosten, die Herr Scholz eben genannt hat für Regierungsaufwand usw. sind so minimal. Sie bräuchten natürlich trotzdem die Gerichte. Ob die nun einheitlich verwaltet werden von einem Justizministerium in einer Region oder von zweien, das macht nicht so viel Unterschied. Aber Gerichte brauchen sie trotzdem. Die Illusion, man könnte da sehr viel Geld sparen und sehr viele Kindergärten bauen, also die möchte ich mal mit einem Fragezeichen versehen.

Heinzeller: Also da bräuchten wir jetzt einen Finanzexperten, der uns das genau auseinanderklammern kann. Herr Scholz hat ja eben auch vor allen Dingen darauf abgestellt, dass er gesagt hat, man müsste die Bürger auch von den Vorteilen einer solchen Reform überzeugen und dann wären sie auch bereit, einem Zusammenschluss zuzustimmen.

Dohnanyi: Das finde ich völlig richtig. Das muss man bei denjenigen machen, die zusammenschließen können. Wenn man zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein, von mir aus auch Hamburg, Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Bremen eine Diskussion in Gang setzen will, um die Bürger und jedes dieser Länder zu fragen, ob sie das machen wollen, finde ich das exzellent und wenn man dann auf die Kosten verweist, finde ich das auch gut. Nur am Ende muss man die Zustimmung der Bürger haben und darf nicht, wie das vorhin jemand wollte, von oben her anweisen. Wie gesagt, das haben wir gehabt.

Heinzeller: Das wollen wir sicher nicht wieder haben.

Dohnanyi: Richtig.

Preis: Einige Sachen sind bereits angesprochen worden. Um auf das letzte zurückzukommen, auf die Kosten: Ich würde sagen, es ist ja wohl eine Illusion, dass man durch die Zusammenlegung oder Reduzierung auf sechs Bundesländer Geld sparen kann. Denn Sie können davon ausgehen, dass mit Sicherheit gesagt wird, dass wir ja jetzt mehr zu verwalten haben, also wir auch mehr Leute brauchen. Eingespart wird dadurch mit Sicherheit nicht. Auf der anderen Seite: Grundsätzlich bin ich für mehr Zuständigkeiten der einzelnen Länder. Ganz einfach deshalb, weil die vor Ort sind und auch besser sehen können, was für die Region und das Land, das einzelne Bundesland besser ist. Und wenn das alles nur zentral geregelt wird, dann haben wir ja das, was wir jetzt haben oder was versucht wird: Einen Einheitsguss komplett von Norden nach Süden, von A bis Z und meiner Meinung nach ist das denkbar schlecht für Deutschland, was wir jetzt ja auch sehen. Niemand ist zuständig, niemand weiß, wer was zu sagen hat und letztendlich würden die Länder mehr zu sagen haben. Endlich mal kämen wir dahin, dass sie sich verantwortlicher fühlen und auch sehen, was gut für sie ist und von daher eine gewisse Art von Wettbewerb entsteht, was wiederum ganz Deutschland zugute käme, meiner Meinung nach.

Heinzeller: Also Frau Preis, Sie finden es gut, dass es diese Föderalismusreform gibt und sind damit auch ganz zufrieden oder?

Preis: Ja. Ich hoffe, dass sie durchkommt.

Heinzeller: Herr von Dohnanyi, eine zufriedene Hörerin.

Dohnanyi: Ich würde mir wünschen, Frau Preis wäre Mitglied des Deutschen Bundestages.

Frau Preis: Ja, wenn ich die Chance erhalten würde dort hinzukommen, würde ich gerne mitmachen.

Dohnanyi: Ich glaube, dass ist die richtige Analyse, so wie die Lage wirklich ist. Frau Heinzeller, wir müssen auch immer darauf achten, wie wir das den Menschen erklären. Man kann einer Illusion immer nachhängen, nämlich: Hätten wir doch den ganzen Föderalismus nicht und in Frankreich und Großbritannien ist es ja auch nicht so schlecht. Das sind Zentralstaaten. Aber wir haben das nicht. Und dann muss man sich als zweites fragen, wenn man Föderalismus hat, wie man den funktionsfähig macht und wie man seine Vorteile nutzt. Und die Vorteile nutzt man nur, wenn man die Verantwortung so nah wie möglich an die Menschen bringt. Wenn man die Unterschiede, die dadurch entstehen, beobachtet und voneinander lernt. Föderalismus kann ein wundervolles Lernsystem sein. Doch die Deutschen wünschen sich Einheitlichkeit, Gleichheit.

Preis: Ja. Genau das hatte ich eben schon am Telefon gesagt, dass die Deutschen doch dazu neigen, alles sei ein Einheitsguss, wir sind wohl ein Herdenvolk...

Dohnanyi: Nein, das ist zu hart. Aber trotzdem.

Heinzeller: Frau Preis, bleiben Sie doch am Telefon. Wir haben Gerhard Eisele noch in der Leitung aus Karlstadt. Der findet die Reform eigentlich auch ganz gut. Herr Eisele, Sie hätten aber schon gerne noch eine Überarbeitung, wenn ich das hier richtig lese?

Eisele: Ja gut. Es geht um die konkurrierende- und die Rahmengesetzgebung. Aber ich wollte eigentlich an das letzte von Herrn Dohnanyi anschließen. Ich bin der Meinung, dass der Bundesstaat - ich meine, das kann man sowieso nicht ändern - dass der Bundesstaat auch in der Form erhalten bleibt, wie er jetzt ist, auch mit den kleinen Ländern. Das ist immerhin ein Kriterium des Minderheitenschutzes, der in der Demokratie eine große Rolle spielt und von daher möchte ich da an dem Art. 20 Abs. 1 GG nichts ändern. Dazu kommt natürlich auf der anderen Seite Art. 31 GG, Bundesrecht bricht Landesrecht. Und um diese Geschichte zusammenzubringen und sie verträglich zu machen sowohl für den Bund als auch für die Länder, muss man, meiner Meinung nach, in die konkurrierende- und in die Rahmengesetzgebung gehen, dort Entflechtungen vornehmen. Damit kann man, glaube ich, die Geschichte ganz gut zur Zufriedenheit aller erledigen. Ich bin der Meinung, der Bundestag sollte sich auch damit durchaus detailliert befassen. Der Bundestag ist das oberste Beschlussgremium, er ist die Vertretung des Volkes und hat, meiner Meinung nach, die Aufgabe, sich dieser Dinge, die von einer Kommission als Entwurf vorgelegt sind, anzunehmen, darüber zu befinden und selbständig zu beschließen.

Heinzeller: Das will ihm auch niemand nehmen. Herr von Dohnanyi?

Dohnanyi: Nein. Das ist ja sogar jetzt ein bisschen weitergegangen, denn es ist nicht nur der Entwurf einer Kommission, sondern die Gesetze, die in den verschiedenen Arbeitsgruppen von Bundestag und Bundesrat ausgearbeitet worden sind, sind ja nun eingebracht. Das heißt es handelt sich nicht um Vorschläge einer Kommission, sondern um die von Bundestags- und Bundesratsmitgliedern erarbeiteten Vorschläge für eine Gesetzesinitiative. Die ist heute eingebracht worden. Wir haben es also mit einem normalen Verfahren zu tun und ich stimme ganz Herrn Eisele zu. Natürlich - das hat auch Herr Tauss vorhin gesagt, muss der Bundestag und müssen die Parlamentarier sich intensiv mit der Sache befassen. Es geht nicht um ein Abnicken aber es geht um ein Verstehen der Gesamtzusammenhänge und die sind eben gegeben durch die Ausgangslage, mit der wir in Deutschland als Verfassungsstruktur zu tun haben.

Preis: Vielleicht kann ich ganz kurz noch mal was sagen, was gut ist für den Föderalismus. Unsere Politiker sagen im Moment ja auch, dass die Bürger mehr Eigenverantwortung übernehmen sollen. Für mich heißt das auch, das betrifft ja genau das: Der Bürger in seinem Bundesland ist dafür verantwortlich und mit den Politikern dafür zuständig, was läuft. Und nur dann kann, was im Kleinen läuft, auf das Große übertragen werden. Wir können nicht von oben etwas verordnen und meinen, das geht dann. Von unten muss es gehen.

Heinzeller: In München ist Gerhard Wiesend am Telefon.

Wiesend: Ich bin grundsätzlich für die Föderalismusreform, weil ich hoffe, dass die Bundesregierung dann schneller entscheiden kann. Das einzige, was mich eigentlich daran stört, ist, dass die Länder jetzt noch größere Kompetenzen bekommen, was die Schulpolitik angeht. Ich bin pensionierter Lehrer und habe oft festgestellt, dass die einzelnen Anforderungen in den einzelnen Bundesländern sehr differieren und dass Schüler, die von einem Bundesland in ein anderes ziehen, große Schwierigkeiten haben. Ich möchte jetzt vorschlagen, dass sich die Länder mal untereinander zusammensetzen und für eine Gleichwertigkeit der Bildungsabschlüsse und des Niveaus an den Schulen sorgen, weil der Bund sie ja nun nicht mehr dazu zwingen kann.

Heinzeller: Das Thema hatten wir ja am Anfang der Sendung schon, Herr Wiesend. Würde Sie das Thema Besoldung auch noch interessieren? Wie finden Sie denn, dass jetzt vorgesehen ist, dass Bayern seine Beamten dann anders bezahlen kann, als das in Hessen, Baden-Württemberg oder Mecklenburg-Vorpommern der Fall ist?

Wiesend: Ach so. Davon habe ich noch gar nichts gehört. Ja, das ist natürlich schlecht, weil sich dann die einzelnen Länder gegenseitig die Lehrer abwerben können, bei dem abzusehenden Lehrermangel. Das finde ich natürlich auch nicht gut.

Heinzeller: Das ist vielleicht für die, die es schaffen, in das hoch dotierte Land zu kommen auch wieder ganz gut. Herr von Dohnanyi, ist das denn eine sinnvolle Reform?

Dohnanyi: Also zunächst mal, Herr Wiesend hat ja gesagt - irgendwie so nebenbei -, in der Schulpolitik hat der Bund in Zukunft nichts mehr zu sagen. Er hat auch heute nichts zu sagen. Es gibt überhaupt keine Zuständigkeit nach der Verfassung des Bundes für die Schulpolitik und die Unterschiede, die heute bestehen und die Herr Wiesend vielleicht auch zu Recht beklagt, sind aus dem heutigen System entstanden. Die Idee, ich wiederhole mich vom Anfang, noch einmal mehr Bundeszuständigkeiten in der Bildung zu bekommen, diese Idee kann man vergessen. Also die Lage wird nur besser, wenn die Länder klare Zuständigkeiten haben und der Bund ihnen da nicht reinredet.

Heinzeller: Und sie sich vielleicht auch mal zusammensetzen, wie Herr Wiesend vorgeschlagen hat.

Dohnanyi: Richtig. Und jetzt kommt die Frage des Zusammensetzens. Das ist ja eines der Ergebnisse dieser Föderalismuskommission, dass an die Stelle dieser gemeinsamen Bildungsplanung - ich habe die erste Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung geleitet, ich war damals ein engagierter Bildungsminister mit dem Ziel, eine größere Einheitlichkeit herzustellen, ich habe gelernt, es hat nicht funktioniert, weil das in unserer Verfassung so nicht funktionieren kann. Was jetzt möglich ist, das ist, dass die Kultusminister im Ergebnis dieser Tatsachen sich zusammensetzen und in der Tat tun, was Herr Wiesend gesagt hat, nämlich sich miteinander abstimmen. Was die Besoldung angeht, so will ich folgendes sagen: Sie können niemanden für das Ergebnis eines Unternehmens verantwortlich machen, wenn Sie von außen vorschreiben, wie er seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einsetzen und besolden soll. Das heißt wenn man Eigenverantwortung in den Ländern herstellt, muss man ihnen das Dienstrecht geben. Denn zum Beispiel wie in Hamburg - ich habe dort die Kommission für die Hochschulreform geleitet, jetzt für die Regierung Beuß, also für die CDU-Regierung. Und unser Ergebnis vor zwei Jahren war und das wird auch umgesetzt, dass es eben auch an den Hochschulen Unterricht von Leuten geben kann, die keine Professoren sind, weil es gar nicht immer nötig ist. Das heißt wir brauchen ein neues Dienstrecht. Insofern bin ich dafür, dass man diese festen Besoldungsstrukturen in Deutschland aufbricht. Das wird sicher manchmal auch zum Abwerben führen, aber wenn eine Schule interessant ist, wirbt sie vielleicht die besseren Lehrer an, auch wenn sie vielleicht etwas weniger bezahlt werden. Also, wenn man jemanden verantwortlich macht für ein Ergebnis, muss man ihm ein Recht geben, auch die Organisation zu bestimmen und auch zu bestimmen, was für Leute er unter welchen Bedingungen einstellen will.

Heinzeller: Jetzt kommen wir noch ganz kurz am Schluss zu Hans-Jürgen Schneider aus Jena.

Herr Schneider: Ich will nur auf Herrn Dohnanyi eingehen. Er sagt immer, dieses Grundgesetz ist so wie der Fels in der Brandung. Wir hätten mit der deutschen Wiedervereinigung laut Art. 146 GG eine völlig neue Verfassung mit einer Föderalismusreform, mit der Zusammenlegung, mit der Vertrennung von Ländern, alles damals machen können. Wir haben wieder eine Chance versäumt. Also ich gehe davon aus, dass die Politiker zu wirklich ernsthaften Reformen überhaupt nicht bereit sind.

Heinzeller: Herr von Dohnanyi, haben wir damals eine wirkliche Chance vertan?

Dohnanyi: Ja, das ist richtig. Die 94er Kommission hat nicht bewirkt, was sie hätte bewirken können und sollen. Da gab es ja schon mal eine Verfassungskommission, eine, die das Grundgesetz zum Teil ja auch neu gestaltet hat. Ich würde nur sagen, wenn man heute sagt, die Politiker sind nicht in der Lage, grundsätzlich etwas zu verändern, dann sollte man das nicht in dem Augenblick sagen, in dem die Politiker gerade anheben, genau das zu tun, nämlich die Föderalismuskommission.

Schneider: Ich habe das Gefühl, der Deutsche Bundestag oder der Bundesrat oder die Parteien an sich, die sind für mich nicht mal in der Lage, einen Kleingartenverband zu gründen. Wenn da am Zaun entlang eine Quecke wachsen würde, der eine würde sie abhacken und sich freuen, wenn sie beim Nachbarn überwächst, weil mit dem Nachbarn nicht vereinbart ist, dass der sie auch abhacken muss. Das ist so das Generelle, was ich über die politische Situation ganz schlicht empfinde.

Heinzeller: Herr Schneider, das wäre jetzt natürlich mal den Versuch wert, zu testen, ob sie einen Kleingartenverein gründen könnten. Herr von Dohnanyi, Sie würden es sich wahrscheinlich zutrauen, nehme ich an.

Dohnanyi: Ja. Ich verstehe ja die Frustration der Bürgerinnen und Bürger über die Politik. Ich verstehe sie insbesondere deswegen, weil ich den Föderalismus in der heutigen Form verstehe und auch deswegen ändern will. Denn wo keine Klarheiten sind, wer in der Kommune zuständig ist, weil die Länder Vorschriften in die Kommunen hinein geben, die es nicht geben soll.

Heinzeller: Da tut man sich leider schwer. Ich muss Sie jetzt hier leider unterbrechen, weil wir am Ende unserer Sendung sind. Ich danke Ihnen sehr herzlich fürs Mitmachen und für die engagierten Beiträge in unserer Sendung.

Dohnanyi: Ja, ich bedanke mich auch, aber wir müssen eben vorankommen.

Heinzeller: Klaus von Dohnanyi war das, der Stellvertretende Vorsitzende des *Konvents für Deutschland* und langjähriger SPD-Politiker zum Thema: Das Ringen um die Föderalismusreform - Wie viel Macht brauchen die Länder?

Diese Sendung haben Frank Gaß und Erna Erlacher vorbereitet.
Am Mikrophon verabschiedet sich Stephanie Heinzeller.